
Politisches Geschehen

Machtkampf in einem dramatischen Stadium

Eine Analyse der jüngsten politischen Entwicklungen / von Karl-Heinz Krämer

Ich habe sowohl im Rahmen des Nepal-Tags der LDNG am 30. April in Bonn (siehe NI 95, S. 14–20) als auch mittels eines besonderen Lageberichts aus Anlaß der NGO-Tagung am 10. September in Köln (siehe fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/folder/worldwidelasien/berichte/berichte2005/nepal_thapa0905.pdf) ausführlich über die politischen Entwicklungen berichtet. Daher will ich hier die dort gemachten Aussagen nicht wiederholen und beschränke mich im Folgenden auf die Entwicklungen seit Anfang September 2005.

Einseitiger Waffenstillstand der Maoisten

Die Lage in Nepal hat sich in den letzten Monaten noch erheblich weiter zugespitzt. Zwar hat es im September einen leichten Hoffnungsschimmer gegeben, als die Maoisten einseitig einen dreimonatigen Waffenstillstand ausriefen. In der Folge ging die Anzahl der Zusammenstöße und vor allem die Zahl der durch maoistische Anschläge Getöteten und Verletzten dramatisch zurück. Fast alle Todesfälle infolge des Konflikts gingen seitdem auf das Konto der Armee. Die Hoffnung auf einen baldigen Friedensprozeß zerstieben jedoch rasch, weil sich König Gyanendra und seine Armee weigerten, den maoistischen Waffenstillstand zu erwidern.

Statt dessen intensivierte das königliche Regime seine Repressalien gegenüber den demokratischen Kräften und attackierte wiederholt die regierungsunabhängigen Medien. Gyanendra strafte das Drängen der Nepal wohlgesonnenen Staaten, die auf eine Rückkehr zu den Grundlagen der Verfassung und Demokratie drängten, mit Mißachtung und pflegte lieber die Beziehungen zu jenen wenigen Staaten, die seinen Putsch nicht kritisierten, insbesondere zu China und Pakistan.

In der immer mehr verhärtenden Situation begab sich

der nepalische König auf eine dreiwöchige Auslandsreise, die mit dem SAARC-Gipfel in Bangladesh begann. Bereits vorab beschlossene Sache dieses Gipfeltreffens war die Aufnahme von Afghanistan als neues SAARC-Mitglied gewesen. Auf dem Treffen machte Gyanendra dann seine Zustimmung davon abhängig, daß dem Drängen Chinas auf einen Beobachterstatus nachgegeben wurde, ein Vorgehen, das auch von Pakistan geteilt wurde. Der König wollte sich damit vermutlich für die wohlwollende Haltung Chinas, das unter anderem auch noch Waffen im Wert von 1 Million Dollar lieferte, revanchieren. Bleibt noch zu erwähnen, daß China und Japan einen Beobachterstatus zuerkannt bekamen.

Nächste Station auf der Weltreise des Königs war, nach einem kurzen Zwischenstop am Golf, der Weltinformationsgipfel in Tunis. Beobachter bewerteten den zehnminütigen Auftritt Gyanendras als zynisch angesichts seiner drastischen Unterdrückung der Medien im eigenen Land; er habe die Gelegenheit genutzt, die Welt ein weiteres Mal zu belügen (Nepali Times, 18. 12. 2005).

Danach begann die heftig kritisierte »Afrika-Safari« des Königs, eine Tour durch mehrere afrikanische Staaten, die darauf ausgelegt war, das stark ramponierte internationale Ansehen des Königs zu verbessern. Die Tatsache, daß mehrere namhafte Politiker und Staatschefs Gyanendra nicht empfangen, sollte ihm zu Denken gegeben haben. In Nepal wurde die Reise darüber hinaus auch noch kritisiert, weil der König für sich und seinen Begleittroß drei Wochen lang ein Flugzeug der Royal Nepal Airlines aus dem Verkehr zog, was weder der ohnehin vom Ruin bedrohten Fluggesellschaft noch dem notleidenden Tourismus dienlich gewesen sein dürfte.

Noch mehr Aufsehen erregte allerdings das, was sich während der Abwesenheit des Königs im oppositio-

nellen Lager vollzog. Schon seit einigen Monaten hatten die politischen Parteien sich mehr und mehr von der konstitutionellen Monarchie distanziert. Es begann damit, daß sowohl die CPN (UML) als auch der Nepali Congress entsprechende Aussagen aus ihrer Satzung strichen und öffentlich erklärten, zu einem Weg ohne Beteiligung der Monarchie bereit zu sein. Andere Parteien, wie die »Nepal Sadbhavana Party (Ananda Devi)«, sind inzwischen diesem Beispiel gefolgt. Die bekannt königstreue »Rastriya Prajatantra Party« (RPP) zeigt sich unterdessen zerrissener denn je. Während einige führende Parteimitglieder hin und wieder offen mit der Option liebäugeln, dem Beispiel der anderen Parteien zu folgen, lassen sich konservativere RPP-Politiker wiederholt zur Kooperation mit dem königlichen Regime verleiten.

12-Punkte Abkommen zwischen Maoisten und politischen Parteien

Der Paukenschlag kam am 22. November 2005, als die Sieben-Parteien-Allianz (Nepali Congress, Nepali Congress (Democratic), CPN (UML), Nepal Majdur Kisan Party, Nepal Sadbhavana Party (Ananda Devi), Jana Morcha Nepal, Samyukta Bam Morcha) in New Delhi ein Abkommen mit den Führern der CPN (Maoist) schloß (siehe Übersetzung des Abkommens anschließend an diesen Artikel). Die Tatsache, daß in Kathmandu akkreditierte Botschafter und Funktionäre sich zu eben diesem Zeitpunkt nach New Delhi begaben, legt nahe, daß sie und natürlich auch die indische Regierung involviert oder zumindest informiert waren. Dem indischen Geheimdienst dürften die Bewegungen ohnehin nicht entgangen sein. Das königliche Regime ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt und beschuldigte Indien einmal mehr der Einmischung in die innernepalische Politik. Dem bleibt entgegenzuhalten, daß einerseits die nepalischen Parteiführer und die Maoisten innerhalb Nepals wohl kaum die Möglichkeit zu einem derartigen Treffen gehabt hätten und daß andererseits der König mit seinem Verhalten die dem nepalischen Volk wohlgesonnene Weltöffentlichkeit zur Einmischung nötigt.

Kommen wir zum Inhalt des 12-Punkte Abkommens. Hier ist zunächst einmal ein grundlegender Wandel in der Einstellung der Maoisten feststellbar. Sie distanzieren sich erstmals mit aller Deutlichkeit von ihrem seit fast zehn Jahren beschrittenen Weg der Gewalt. Daß sie dies auch ernst meinen wird sowohl durch ihr Verhalten seit der einseitigen Erklärung eines Waffenstillstands deutlich als auch durch die Verlängerung dieses

Waffenstillstands Anfang Dezember, die trotz wiederholter provozierender Attacken der Armee erfolgte. Diese Abkehr vom erklärten gewaltsamen Weg hat das jetzige Abkommen mit den sieben Parteien erst möglich gemacht.

Beide Vertragspartner bekennen sich zur Abschaffung der autokratischen Monarchie, wohlgermerkt nicht der Monarchie an sich. Vielmehr soll die zukünftige Staatsform durch eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung entschieden werden. Deren Entscheidung wollen die Maoisten respektieren. Dies bedeutet mit anderen Worten, daß rein theoretisch auch eine in ihren Rechten dramatisch beschnittene konstitutionelle Monarchie denkbar wäre. Nach der Vorstellung der sieben Parteien soll die Übergangsphase durch die Wiedereinsetzung des 2002 aufgelösten Parlaments überbrückt werden, während die Maoisten für die Bildung einer Übergangsregierung plädieren, an welcher sie beteiligt sein möchten. Letzteres klingt rationaler, da auf diese Weise auch die Maoisten sogleich Verantwortung übernehmen müßten.

Ein weiterer Kernpunkt des Abkommens betrifft die königliche Armee und die Truppen der Maoisten. Die Waffen beider Armeen sollen in der Übergangsphase von den Vereinten Nationen oder einem anderen zuverlässigen internationalen Gremium überwacht werden, damit die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung frei und fair durchgeführt werden können. Nicht nur das königliche Regime, sondern auch Indien hat sich einer Vermittlerrolle der UN bisher widersetzt; Indien hat jedoch erkennen lassen, daß es der genannten reinen Kontrollfunktion der Vereinten Nationen positiv gegenüberstehen könnte.

Sowohl die Maoisten als auch die sieben am Abkommen beteiligten politischen Parteien bekennen sich zu gravierenden Fehler der Vergangenheit, die abgestellt werden sollen. Dies zeigt sich besonders deutlich am Bekenntnis der Maoisten zum Vielparteiensystem, der Achtung der Grund- und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werte.

Seitens der beteiligten politischen Parteien wirkt das Abkommen wie ein Akt der Verzweiflung angesichts der kontinuierlichen Verweigerung König Gyanendras zur Achtung von Verfassung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es ist aber auch gleichzeitig ein erster ernsthafter Ansatz zur Beendigung des langjährigen militanten Aufstands der Maoisten. In der Phase des ersten Dialogs im Jahre 2001 waren die Parteien noch in der politischen Verantwortung, zeigten aber kein wirkliches Interesse an einer Konfliktlösung. Der zweite Dialog, im Jahre 2003, erfolgte bereits nach der königlichen Machtergreifung.